

## Jubilee vs. NASA: Kenia vier Wochen vor den Wahlen

**Der Wahlkampf in Kenia steuert auf seinen Höhepunkt zu. Die Spitzenkandidaten Präsident Uhuru Kenyatta und Oppositionsführer Raila Odinga absolvierten im Juni je rund 200 Wahlkampfveranstaltungen. Hierbei werfen sich beide Seiten Gesetzesverstöße vor. Ob dies Substanz hat oder eher als Wahlkampfgetöse einzuordnen ist, haben die kenianischen Behörden zu bewerten. Diese sind - bei allen Unzulänglichkeiten in Detailfragen – auf die Wahlen relativ gut vorbereitet.**

Am 8. August haben die knapp 20 Millionen registrierten Wahlberechtigten je sechs Stimmen:

- Eine Stimme zur Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft (auf einem gemeinsamen Ticket nach US-amerikanischem Vorbild)
- Eine Stimme zur Nationalversammlung (290 Abgeordnete per Mehrheitswahl in 290 Wahlkreisen)
- Eine Stimme für eine Frauen-Repräsentantin als Mitglieder der Nationalversammlung (je eine Frau in jedem der 47 Counties)
- Eine Stimme zum Senat (je eine Person in jedem der 47 Counties)
- Eine Stimme für den County-Gouverneur
- Eine Stimme für die County-Parlamente (1 Vertreter pro Ward nach Mehrheitswahl, insgesamt etwa 1.450 Mitglieder in allen 47 County-Parlamenten)

Alle Wahlen werden nach britischem Vorbild in reiner Mehrheitswahl durchgeführt, wobei je Wahlkreis die relative Mehrheit genügt. Die einzige Ausnahme stellt die Präsidentschaftswahl dar: Hier ist die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen sowie zusätzlich mindestens 25 Prozent der Stimmen in mindestens 24 der 47 Counties erforderlich. Erreicht kein Kandidat diese Mehrheit im ersten Wahlgang, muss innerhalb von 30 Tagen eine Stichwahl der beiden bestplatzierten Kandidaten durchgeführt werden.

Am Wahltag müssen sich die Wähler an elektronischen Wähleridentifikationsgeräten identifizieren, welche in jedem Wahllokal durch biometrische Technologie sicher stellen sollen, dass wirklich nur die registrierten Wähler an der Wahl teilnehmen. Erst nach erfolgreicher Identifikation werden die sechs verschiedenen Wahlzettel ausgehändigt, welche, so wie auch in Deutschland üblich, hinter einem Sichtschutz manuell mit Kreuzen versehen und dann in die verschiedenen Wahlurnen eingeworfen werden.

### Wer steht zur Wahl?

In Kenia stehen sich bei Wahlen traditionell zwei ähnlich starke Lager gegenüber. Hierbei wirkt die Wahl 2017 auf den ersten Blick wie eine Wiederholung der letzten Wahlen 2013, da sich die gleichen Kandidatenpaare gegenüber stehen: Auf der einen Seite Präsident Uhuru Kenyatta mit seinem Stellvertreter William Ruto, auf der anderen der langjährige Oppositionsführer Raila Odinga zusammen mit Kalonzo Musyoka. Dennoch haben sich die Allianzen und die Ausgangsbedingungen leicht verändert.

**KENIA**

DR. JAN CERNICKY

Juli 2017

[www.kas.de/kenia](http://www.kas.de/kenia)**Jubilee Party**

Auf der Regierungsseite sind die 13 Parteien der regierenden Jubilee-Allianz im September 2015 zur Jubilee-Partei verschmolzen. Hierbei vereinigten sich zwei Großparteien – Kenyattas TNA (The National Alliance) und Rutos URP (United Republican Party) – mit elf Klein- und Kleinstparteien aus ihrer Hochburgen, wobei neben TNA sechs weitere Parteien aus Kenyattas Region in Zentralkenia kamen, aber lediglich eine weitere (UDM) aus Rutos Hochburg, dem Rift-Valley.

Jubilee startet in den Wahlkampf als Inhaber der Macht, mit allen Ressourcenvorteilen, die das mit sich bringt. Dies ist neben dem Zugriff auf eine öffentliche Verwaltung, die der starke Arm des Zentralstaates ist, auch eine Polizei, die im Transformationsprozess stecken geblieben und in der neuen Verfassungswirklichkeit noch nicht angekommen ist. Der Zugriff der Regierung auf schwarze Kassen, die aus Korruptionserträgen gespeist würden, wird immer wieder angesprochen, dies konnte bisher aber nicht bewiesen werden.

**NASA**

Auf Seiten der Opposition hat sich das Bündnis weiterhin eigenständiger Parteien im Vergleich zu 2013 leicht verändert. Seinerzeit trat Odingas ODM zusammen mit Moses Wetangulas FORD-Kenya und der WIPER-Party unter Musyoka zusammen mit einigen altgedienten Ministern der Moi-Ära als CORD-Bündnis an – und verlor knapp.

Dieses Jahr wurde diese Allianz ergänzt um den früheren Vize-Präsidenten und Finanzminister, Musalia Mudavadi und seinem Amani National Congress (ANC), mit seiner Basis unter den Luhya im Westen, sowie um Isaac Ruto (nicht verwandt mit dem Vizepräsidenten), den Gouverneur Bomets und dessen Chama Cha Mashinani Party (CCM). Isaac Ruto besitzt großes Gewicht im hart umkämpften und meist wahlentscheidenden Rift Valley. Die neue Allianz heißt National Super Alliance, kurz NASA.

NASA muss hierbei als prekäres Bündnis angesehen werden, dessen Fortbestand wohl nur bei einem Wahlsieg wahrscheinlich ist. Es ist durchaus eine politische Leistung, dass sich die fünf Schwergewichte, die alle hohe eigene Ambitionen haben, auf eine Machtverteilungsformel für den Fall eines Wahlsiegs einigen konnten. Offiziell treten nun für NASA Raila Odinga und Kalonzo Musyoka als Präsident bzw. Vizepräsident an. Im Falle eines Wahlsiegs würde Mudavdi die Rolle eines bisher nicht existierenden Premier Cabinet Secretarys als Führer der Regierungsgeschäfte erhalten, mit Wetangula zuständig für die Koordinierung des Portfolios für wirtschaftliche Entwicklung, und mit Isaac Ruto, verantwortlich für Devolution und den sozialen Sektor als Stellvertretern.

Dies ist ein unter machtstrategischen Gesichtspunkten durchaus geschickter Schachzug. Die Position des Premier Cabinet Secretarys ähnelt sehr der eines Premierministers, welcher aber in der Verfassung nicht vorgesehen ist. Die Regierung und einige Rechtsanalysten warfen darauf hin NASA vor, gegen die Verfassung zu verstoßen.

**Unabhängige**

Neben den beiden wichtigsten politischen Lagern gibt es eine Reihe an unabhängigen Kandidaten. Während die acht Kandidaten für die Präsidentschaft, die nicht zu den Hauptlagern gehören, keine Chance haben und höchstens den Ausschlag für eine Stichwahl geben können, sind die Unabhängigen für einige Gouverneurswahlen und Parlamentssitze ernst zu nehmen.

Die wichtigste allein antretende Partei ist die Regierungspartei der Moi-Ära, die heute von Gideon Moi geführte KANU. KANU tritt mit eigenen Kandidaten bei den verschiedenen Parlamentswahlen und einigen Gouverneurswahlen an, stellt aber keinen Präsidentschaftskandidaten. Gideon Moi erklärte, dass KANU Kenyattas Wiederwahl unterstützen werde, allerdings nicht die Rutos. Wie das praktisch aussehen soll, bleibt abzuwarten, treten die beiden doch auf einem gemeinsamen Ticket an. Es wird die Frage sein, ob KANUs Wahlkampf stärker den

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**KENIA**

DR. JAN CERNICKY

**Juli 2017**

[www.kas.de/kenia](http://www.kas.de/kenia)

Schulterschluss mit Kenyatta oder die Gegnerschaft zu Ruto akzentuiert. Moi spekuliert darauf, dass 2022, wenn Kenyatta nicht mehr antreten darf, die persönlichen und ethnisch-regionalen Allianzen neu gemischt werden und Ruto nicht automatisch die Präsidentschaftskandidatur Jubilées gereicht bekommt und sich damit für Moi eine Chance ergäbe, selbst mit Jubilee ohne Ruto antreten zu können.

Daneben tritt bei den Wahlen zu den Gouverneuren und verschiedenen Parlamenten eine Vielzahl formal parteiloser Kandidaten an. Dies ist nicht unbedingt ein Zeichen für eine erodierende Bindungskraft der Parteien. Die Mehrzahl der unabhängigen Kandidaten hat schlicht die parteiinternen Vorwahlen verloren. Da ein Parteiwechsel nach den Nominierungen nicht mehr erlaubt ist, blieb den Verlierern der Vorwahlen keine andere Alternative, als unabhängig anzutreten. Da bei den Vorwahlen einige Schwergewichte aller Parteien unterlagen, sind in vielen Wahlkreisen und Counties Siege unabhängiger Kandidaten zu erwarten. Dies mag eine Mehrheitsbildung in der nächsten Nationalversammlung kompliziert machen.

Insgesamt gibt es zehn Kandidaten für das Präsidentenamt, gut 2000 für die 290 Abgeordneten des nationalen Parlaments, 330 für die 47 Frauen-Repräsentantinnen, 12.000 für die County-Versammlungen (für insgesamt 1450 Sitze) und 250 für die 47 zur Verfügung stehenden Gouverneursposten. Dies ist die größte Zahl an Kandidaten, die es jemals in Kenia gab.

#### **Ausgangslage vor den Wahlen**

Wahlen in Kenia entscheiden sich immer noch entlang ethnischer Grenzen. Die Angehörigen einer der 42 offiziell unterschiedenen Volksgruppen wählen im Regelfall Kandidaten ihrer Volksgruppen oder gehen alternativ gar nicht zur Wahl. Dass ein Luhya den Kikuyu Kenyatta wählt, oder andernfalls ein Kikuyu den Luo Odinga ist schwer vorstellbar. Diese Tatsache macht allerdings Prognosen für die Wahlen einfacher.

Anhand der Ergebnisse der Wählerregistrierung – Kenia hat kein ständig aktualisiertes Wählerregister – scheint die Regierungspartei leichte Vorteile zu haben. So sind in den Counties, die vorwiegend von der Regierung zuneigenden Ethnien besiedelt sind, gut 7,4 Millionen Wähler registriert worden, in den Hochburgen der Opposition nur knapp 6,9 Millionen. Auch Umfragen, welche allerdings in Kenia nur über sehr begrenzte Aussagefähigkeit verfügen, sehen Kenyatta mit etwa acht Prozent in Führung liegen, jedoch schmilzt dieser Vorsprung in den Umfragen seit Monaten.

In Bezug auf die Registrierung und auch die weiteren Wahlvorbereitungen beklagt die Opposition, benachteiligt zu werden. Zwar stimmt es, dass die Registrierungsquote in den Hochburgen der Regierung um etwa 1/10 höher ist als in den Oppositionshochburgen. Woran dies im Detail liegt, lässt sich in diesem Rahmen nicht untersuchen. Jedoch ist festzuhalten, dass der Abstand zwischen den Registrierungsquoten in den Regierungshochburgen und den Oppositionshochburgen im Vergleich zu den letzten Wahlen deutlich geschrumpft ist.

Weitere Auseinandersetzungen bezüglich der Organisation der Wahlen erwiesen sich als nicht so gravierend, wie es in den politischen Auseinandersetzungen darüber klang: Zum Jahreswechsel gab es einen wochenlangen Streit über die Regelung bei Versagen der elektronischen Wähleridentifikationsgeräte. Die Regelung, dass bei Versagen der Technik mit einem manuellen System gearbeitet werden darf, war für die Opposition gleichlautend mit der Vorbereitung großangelegten Wahlbetrugs. Später kochte die Frage hoch, an welcher Stelle die Wahlergebnisse veröffentlicht werden. Direkt auf Ebene der Wahllokale, wie im Wahlgesetz lange Zeit vorgesehen, oder nur nach Eingang aller Ergebnisse von der nationalen Wahlkommission in Nairobi, wie dies ein Änderungsgesetz der Regierungsmehrheit vorsah. Es wäre für eine Regierung tatsächlich leichter, Wahlen zu manipulieren, wenn das Ergebnis erst nach Aggregation in einer Behörde in der Hauptstadt veröffentlicht wird und niemand die Chance hätte, dies anhand der Einzelergebnisse nachzuprüfen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**KENIA**

DR. JAN CERNICKY

**Juli 2017**

[www.kas.de/kenia](http://www.kas.de/kenia)

Im Juni verwarf der High Court die Änderung des Wahlgesetzes und ordnete an, dass weiterhin Wahlergebnisse direkt auf Ebene der Wahllokale zu publizieren sind. Die Wahlkommission hat somit nur noch die Aufgabe, die bereits bekannten Ergebnisse aus den Wahlkreisen offiziell zusammen zu rechnen. Aktuell klagt die Opposition gegen die Vergabe des Auftrags für den Druck der Wahlzettel an eine Firma in Dubai, die Präsident Kenyatta nahe stehen soll. Hierbei scheint es aber eher darum zu gehen, Nebeneinnahmen für die Familie Kenyatta zu verhindern, als einen Wahlbetrug.

Auch die parteiinternen Vorwahlen im Februar/März scheinen, trotz aller Ineffizienzen und Manipulationsversuche, freier gewesen zu sein als bei den letzten Wahlen. Auf beiden Seiten verloren Schwergewichte der Parteien, z.T. amtierende Gouverneure oder Parlamentarier, ihren Nominierungswahlkampf gegen politische Neulinge. Es ist wenig wahrscheinlich, dass dies in jedem Falle im Sinne der Parteiführungen war.

In Bezug auf die Gesetzmäßigkeit der Parlamentswahlen steht daneben das Problem im Raum, dass bisher kein Gesetz erlassen wurde, was sicherstellt, dass mindestens 1/3 der Abgeordneten Frauen sind, wie von der Verfassung in Art. 81b vorgeschrieben. Sollte das neu gewählte Parlament unter dieser Quote bleiben, was als sicher gelten kann, würden Klagen vor dem High Court eingereicht werden, welche bereits in den Schubladen verschiedener Institutionen fertig formuliert bereitliegen.

In dieser unübersichtlichen Situation machen die relevanten Institutionen wie die Wahlkommission, die verschiedenen Gerichte sowie das für Nominierungsstreitigkeiten zuständige Political Parties Dispute Tribunal eine - im Rahmen des möglichen -relativ gute Figur und führten Streitigkeiten meist sinnvollen Lösungen zu.

#### **Zentrale Probleme Kenias und Angebote der Kandidaten**

Kenia kämpft aktuell mit den Folgen einer starken Dürre, welche dazu führte, dass die Preise für Grundnahrungsmittel drastisch

angestiegen sind. Diese Unga-Krise (nach dem wichtigsten Nahrungsmittel Maismehl, auf Swahili „Unga“) versucht die Regierung mit verschiedenen Interventionen abzumildern, was aber nur sehr mäßig gelingt und die eigentlich als wirtschaftsliberal angetretene Regierung in die Defensive bringt. Daneben belasten periodisch aufgedeckte Korruptionsskandale das Ansehen der Regierung.

Diese versucht sich mit großen Infrastrukturprojekten zu profilieren. So weihte Präsident Kenyatta pünktlich zum Nationalfeiertag am 1. Juni die neue moderne Eisenbahnlinie zwischen Mombasa und Nairobi ein. Auch die Anbindung vieler (vor allem Kikuyu-) Haushalte an Strom und Wasser hat sich verbessert.

Dies verdeckt aber nur notdürftig, dass in weiten Teilen des Hinterlands grundlegende Infrastruktur weiterhin fehlt, dass trotz der im afrikanischen Vergleich starken Wirtschaft zwei Drittel der Jugend keine angemessene Arbeit findet und dass das bisher relativ leistungsfähige öffentliche Gesundheitswesen seit Dezember 2015 unter aufeinanderfolgenden Streiks der Ärzte und Krankenschwestern fast zusammengebrochen ist. Daneben ist Kenia weiterhin durch Terror und Radikalisierung bedroht. Die Kenianische Armee ist eine tragende Säule der UN-Mission, welche in Somalia al-Shabab bekämpft, die sich jedoch immer wieder dafür im benachbarten Kenia rächen. Die aktuelle Regierung hat außer der Verschärfung von Sicherheits- und Mediengesetzen keine überzeugende Antwort auf dieses Problem gefunden. Dies führt zu deutlich wahrnehmbarer Frustration auch innerhalb der Stammwähler der Regierungspartei.

Es gäbe also genug Angriffspunkte für die Opposition, die die genannten Probleme aber nur zögerlich benennt und kaum langfristige Lösungen hierfür vorschlägt. So unterscheiden sich die Wahlprogramme beider Lager inhaltlich kaum. Beide Seiten versprechen mehr Arbeitsplätze, bessere und bezahlbare Ausbildung und Gesundheitsvorsorge und unterscheiden sich hier auch in Details kaum. Dies mag auch darin begründet sein, dass, wie oben schon angemerkt,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**KENIA**

DR. JAN CERNICKY

**Juli 2017**

[www.kas.de/kenia](http://www.kas.de/kenia)

weniger Themen wahlentscheidend sind, sondern eher die Fähigkeit, seine ethnische Gruppe zu mobilisieren. Dies geht leichter mit dem Versprechen konkreter Investitionen in den Siedlungsgebieten der entsprechenden Volksgruppen, als mit langfristig angelegten Programmen zum Wohle der ganzen Nation. Somit überrascht es nicht, dass der einzige Punkt, in welchem klare Unterschiede festgestellt werden können, sich auf versprochene Infrastrukturmaßnahmen bezieht. Hier schlagen die verschiedenen Lager jeweils unterschiedliche Projekte in den Regionen der entsprechenden Stammwählerschaft vor.

#### **Wie führen die Parteien ihre Wahlkämpfe?**

In dieser Gemengelage führt die Opposition einen Wahlkampf, der vor allem auf das Schüren alter Reflexe hinausläuft. So ist aus dem Widerstand gegen kleinste Änderungen der Bestimmungen zu Wahlen ein profundes Misstrauen gegen die Regierung abzulesen, was im Wahlkampf offensiv transportiert wird. Deutlichstes Zeichen ist das Beharren darauf, dass NASA 10 Millionen Wählerstimmen sicher habe, und damit die Wahlen gewinnen werde. Dies ist mittlerweile zu einem festen Slogan geworden. Sieht man sich die oben genannten Registrierungsanzahlen an und nimmt großzügig Wähler aus Counties hinzu, deren Verhalten nicht klar vorhersehbar ist, bleiben auch bei sehr optimistischen Grundannahmen 10 Millionen Stimmen äußerst unwahrscheinlich. Bei einem für NASA negativen Wahlausgang sollte es für Raila Odinga schwer werden, das nicht-Erreichen der „sicheren“ 10 Millionen zu erklären, ohne Manipulationen der Regierung dafür verantwortlich zu machen und daher folgerichtig seine Anhänger auf die Straße zu rufen. Dies würde sehr wahrscheinlich nicht gewaltfrei ablaufen. Odinga nutzte daneben zu verschiedenen Gelegenheiten auch die hoch sensible Landfrage für seinen Wahlkampf, welche meist die Begründung für Gewaltausbrüche nach Wahlen war. Odinga ist ein erfahrener Politiker, der durch viele Wahlkämpfe gegangen ist. Es erscheint daher unwahrscheinlich, dass diese Äußerungen zufällig getätigt werden. Diese könnten durchaus als Drohung zu verstehen sein, dass eine Niederlage nicht

akzeptiert würde und die Konsequenzen dann zu tragen wären.

Die aktuelle Regierung hält allerdings auch nicht mit politischen Inhalten dagegen, sondern versucht, sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln einen Vorteil zu verschaffen. Hierbei sind die Vorwürfe der Opposition, dass die Regierung versuche, sich durch gezielte Gesetzesänderungen einen Vorteil bei den Wahlen zu verschaffen, durchaus nicht komplett aus der Luft gegriffen. Neben der Gesetzgebung nutzt die Regierung auch die Verfügungsgewalt über die staatlichen Sicherheitskräfte, öffentlichen Medien und die Staatsanwaltschaft ohne jede Rücksichtnahme. Den im Raum stehenden Vorwurf, dass Polizisten und andere Staatsbedienstete für den Wahlkampf der Regierung genutzt werden, konnte Jubilee so bisher nicht ausräumen. Es ist sicher auch kein Zufall, dass z.B. die Stiftung des Vizepräsidentenskandidat Kalonzo Musyoka durch die staatlichen NGO-Regulierungsbehörde, die unter ihrem aktuellen Vorsitzenden bereits mehrfach gezielt gegen oppositionsnahe NGOs vorgegangen ist, unmittelbar nach NASA's Nominierungsgipfel und den ersten Kundgebungen mit dem neu aufgestellten Führungsgremium geschlossen wurde. Regierungsnahe Medien publizieren regelmäßig Berichte über die Verwicklung von Oppositionskandidaten in Mafianetzwerken, Klagen gegen Odinga wegen zu Gewalt aufrufenden Wahlkampfaberungen stehen im Raum.

Genau wie die Opposition vermittelt auch die Regierung ihren Anhängern, dass zumindest die Präsidentenwahl eigentlich schon gewonnen sei. Auch von dieser Seite ist somit Widerstand gegen eine Wahlniederlage zu erwarten.

#### **Ausblick**

Die regierende Jubilee Party mit Präsident Uhuru Kenyatta scheint mit einem leichten Vorteil in die Wahlen zu gehen. Entscheidend wird am Wahltag sein, wie die beiden Lager ihre Wähler mobilisieren können. Besonders im dicht besiedelten Rift-Valley wird die Auseinandersetzung entschieden werden, da sich dort die Anhängerschaft beider

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**KENIA**

DR. JAN CERNICKY

**Juli 2017**

[www.kas.de/kenia](http://www.kas.de/kenia)

Lager überschneidet. Es besteht dabei durchaus Unzufriedenheit mit der aktuellen Regierung, auch unter den sie tragenden Volksgruppen. Sollten sich z.B. die Nahrungsmittelpreise nicht entspannen, mag dies viele Kikuyu dazu veranlassen, gar nicht zur Wahl zu gehen, was dann doch zu einer Mehrheit für Odinga führen könnte. Ein knapper Ausgang der Wahlen ist – wie das in Kenia Tradition ist – in jedem Fall zu erwarten.

Daneben ist auch abzusehen, dass die Wahlen nicht reibungslos ablaufen werden. In einem Land wie Kenia, das bis vor kurzen noch als Entwicklungsland galt und wo auf viele Regionen diese Einstufung durchaus noch zutrifft, kann dies realistischerweise nicht angenommen werden. Technische Pannen, logistische Probleme, schiere Inkompetenz und auch Manipulationsversuche werden Teil dieser Wahlen sein.

Auch Gewalt ist punktuell zu erwarten. Da beide Seiten ihren Wählern einen Sieg versprechen und das Vertrauen in die Institutionen gering ausgeprägt ist, kann recht sicher davon ausgegangen werden, dass die unterlegene Seite auf die Straße gehen wird, was in Kenia selten ohne Opfer geblieben ist. Eine Eskalation der Gewalt zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen in dem Ausmaß wie 2007/08 ist aber nicht zu erwarten. Zum einen ist die Erinnerung an den beinahe-Bürgerkrieg noch sehr präsent. Kenianische und internationale Akteure, haben Medien, Parteien und staatliche Institutionen gezielt gestärkt und auf die Vermeidung und Eingrenzung von post-elektoraler Gewalt vorbereitet. Zum anderen sind als Folge der Vertreibung mehrerer hunderttausend Menschen im Zuge der Pogrome 2007/08 die Siedlungsgebiete der konkurrierenden Ethnien nicht mehr so stark durchmischt wie damals – die Wahrscheinlichkeit eines Aufeinandertreffens sinkt damit. Das Problem verschiebt sich damit im Spannungsfeld „faire und friedliche Wahl“ in Richtung der Fairness. Die Gefahr, dass auf dem Altar der Sicherheit die faire Wahl geopfert wird und ein Großaufgebot von Sicherheitskräften, gerade in umkämpften Regionen, durch eine Atmosphäre der Ein-

schüchterung die Stimmabgabe beeinflusst, ist durchaus präsent.

Der internationalen Gemeinschaft, die viel in die Vorbereitung der Wahlen investiert hat, sollte dieses Spannungsfeld sehr bewusst sein. Es wird sehr genau zu prüfen sein, ob Sicherheitsmaßnahmen angemessen sind, etwaige Unregelmäßigkeiten vorsätzlich sind, welches Lager hierfür verantwortlich ist und ob die für solche Fälle vorgesehenen Institutionen hierauf angemessen reagieren. Das Land ist auf die kommenden Herausforderungen im Vergleich zu anderen afrikanischen Staaten relativ gut vorbereitet. Kenia verfügt über Institutionen, welche auf Probleme reagieren können. So zeigt z.B. die Entscheidung des erstinstanzlich für Wahlanfechtungen zuständigen High Court gegen die Wahlrechtsänderung der Regierungsmehrheit (s.o.), dass man nicht von Parteilichkeit dieser Institutionen ausgehen muss. Eine vorschnelle Einmischung der internationalen Gemeinschaft aufgrund von medial inszenierter Empörung einer Seite sollte daher tunlichst vermieden werden und nur als letzter Ausweg bei einer unkontrollierten Eskalation in Betracht gezogen werden.



**Konrad  
Adenauer  
Stiftung**

#### Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.  
Hauptabteilung Europäische und  
Internationale Politik  
Klingelhöferstr. 23

10785 Berlin